



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/153 - 8.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Zur Debatte um den Verfassungsschutz	S. 1
Churchills Stellung bei den Konservativen	S. 3
Zum Rücktritt der Saar-Regierung	S. 5

Klärende Aussprache

(Sp) Wenn man es grob betrachtet, dann war sich in der Verfassungsschutz-Debatte vom Donnerstag dieser Woche das ganze Haus einig. Einig war sich der Bundestag darin, daß der Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung durch bestimmte Organe geschützt werden muß und Einigkeit bestand auch darüber, daß durch den Verfassungsschutz die private Sphäre jedes einzelnen Bürgers nicht durch Schöffelmethoden und Achtgroschenjungen eingeengt und vergiftet werden darf. Schließlich herrschte auch - bis auf wenige Ausnahmen - Übereinstimmung über die Grundsätze, die Bundesinnenminister Dr. Schröder vor dem Hause über die Tätigkeit und die Aufgaben des Verfassungsschutzamtes entwickelte.

Aber, und das ist doch das Entscheidende, ist nach diesen Grundsätzen bisher immer verfahren worden? Die Frage stellen heißt sie verneinen, und der Kronzeuge für diese Feststellung dürfte der CDU-Sprecher in dieser Debatte, Dr. Kiesinger, sein, der auf den Zwischenruf eines Abgeordneten antwortete: Das sind die Grundsätze, nach denen in Zukunft verfahren werden soll".

In Zukunft also, und eine neue Frage drängt sich auf. Warum ist bisher nicht nach diesen Grundsätzen verfahren worden? Nicht,

das sei zur Ehre der Verfassungsschutzämter gesagt, weil diese die Möglichkeit oder das Bestreben hätten, sich zu einer neuen Gestapo zu entwickeln, sondern doch sicherlich darum, weil der Übereifer einiger Beamter durch den "Wissensdurst" zum Teil hoher und höchster Regierungsstellen angestachelt wurde, Dinge zu verfolgen, die sie nichts, aber auch gar nichts angehen. Man soll also nicht nach dem berühmten Verfahren vorgehen, die Kleinen zu schlagen, wenn man die Großen meint.

Die Kernfrage, die so bestehen bleibt, ist, ob diese Großen, und man kann in diesem Zusammenhang getrost den Bundeskanzler apostrophieren, sich oder wenigstens ihre Methoden ändern werden. Leider ist es nicht möglich, in dieser Hinsicht sein staatsbürgerliches Gewissen einzuschläfern. Es bleibt unvergessen, daß der Bundeskanzler im Falle Schroth/Scharley, der allerdings auf grotesken Informationen von Zuträgern beruhte, die dem privaten Agentenclub des damaligen Staatssekretärs Lenz zuzuzählen sind, sich dieser Methoden vom Rednerpult des Bundestages aus auch noch rühmte. Es bleibt die Frage auch offen, ob diese Nebendienste in Zukunft ihre Tätigkeit einstellen oder auch weiterhin ihr Unwesen treiben werden.

Die Debatte selbst hat zumindest ergeben, daß auch mit dem Verfassungsschutz selber und seiner Arbeitsmethode manches nicht in Ordnung ist. Es war nicht nur der sozialdemokratische Oppositionssprecher Dr. Menzel, der eklatante Fälle von Mißbrauch des Verfassungsschutzes vorbringen mußte, fast jeder der Koalitionssprecher konnte diesen oder jenen Fall anführen, in dem Kompetenzen überschritten oder in unzulässiger Weise Staatsbürger verdächtigt wurden. Es mag sein, daß die Debatte in dieser Richtung klärend und reinigend gewirkt hat, das aber sollte in erster Linie für die "Kontrolleure der Überwacher" gelten.

Aber keine Debatte ohne peinlichen Beigeschmack. So auch bei dieser. Und dieser peinliche Beigeschmack ist, daß der Bundeskanzler versuchte, den "Schwarzen Peter" in seiner Auseinandersetzung mit Reinhold Maier der FDP zuzuschieben. Aber das ist eine Frage, die in erster Linie die Freien Demokraten selber zu würdigen und zu beurteilen haben werden, zumal es sich ja um den Chef einer Koalitionsregierung handelt.

Bleibt Churchill im Amt ?

H.H. London

Am 30. November wird Sir Winston Churchill, der sich jetzt wieder der besten Gesundheit erfreut, 80 Jahre alt. Sein Besuch in Washington hat die Rücktrittsgerüchte wieder zum Verstummen gebracht. Die Stunde für die Übergabe des Steuers an Eden wäre günstig gewesen. Selten hat sich Englands Aussenminister im Lande so grosser Popularität erfreut, wie gerade jetzt, wo er seit Wochen versucht, den Südostasienskonflikt nicht zu einem zweiten Korea oder gar etwas Schlimmerem werden zu lassen.

Die Grundsätze, die Eden in Genf vertritt, sind unzweifelhaft die der beiden grossen Parteien. Darüber hinaus herrscht das Gefühl vor, gleichgültig wie gross der Erfolg oder Misserfolg der Konferenz sein wird, dass er den englischen Standpunkt mit viel Geduld und Zähigkeit vertreten und auch dem Frieden der Welt einen Dienst geleistet hat. Dennoch mehren sich die Stimmen jener, die glauben, dass ihm jetzt noch im Herbst die Ehre des höchsten Amtes beschieden sein wird. Vielleicht hat Churchill den Ehrgeiz, in die Geschichte Englands als dessen ältester Ministerpräsident einzugehen. Gladstone war 83, als er zurücktrat. Um ihn zu übertreffen, müsste Churchill die Konservativen in den nächsten Wahlkampf führen.

Der tiefere Grund für sein Verbleiben im Amt liegt aber wahrscheinlich darin, dass die heutige Welt situation die Politiker vor grössere Probleme stellt als je zuvor, vor Problemen, gegenüber denen die Fragen der Epoche vor dem zweiten oder gar vor dem ersten Weltkrieg als geringfügig erscheinen. Aus einer kürzlichen Äusserung des englischen Ministerpräsidenten ist zu schliessen, dass er das Gefühl hat, jetzt vor der grössten Aufgabe seines Lebens zu stehen. Wer Churchill kennt, wird nicht erwarten, dass er zu einem solchen Zeitpunkt zurücktritt, solange ihn seine Gesundheit nicht im Stich lässt.

In der konservativen Partei erfreut sich Sir Winston keineswegs hundertprozentiger Unterstützung. Da gibt es vor allem immer noch jene, die nicht vergessen können, dass er ein Liberaler war und noch vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und Ernennung zum Ministerpräsidenten im Jahre 1940 als unabhängiger Abgeordneter im Parlament sass. Diesen

konservativen Parteipolitikern im engeren Sinne wäre "Rab" Butler, der jetzige Schatzkanzler, ein willkommenerer Führer: Butlers vorsichtiger Finanzpolitik ist es zu danken, dass man den Abbau der sozialen Leistungen und der Lebensmittelsubventionen und eine Reihe von Massnahmen zugunsten der wohlhabenden Schichten nicht auf den ersten Blick merkt.

Sowohl die von Churchill und Eden geführte Aussenpolitik als auch die mehr von Butler inspirierte Innenpolitik hat in der konservativen Parlamentsfraktion heftige Widersacher gefunden. Captain Waterhouse führt eine Gruppe von Abgeordneten, die verlangen, dass England in Aegypten und anderswo eine Politik der starken Hand betreiben soll. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik, dass Churchill zuhause der Vorwurf gemacht wird, er veranstalte einen Ausverkauf des britischen Weltreichs, während er sich in Washington immer noch gegen den Vorwurf verteidigen muss, der grösste britische Imperialist aller Zeiten zu sein.

Einer anderen Gruppe von konservativen Abgeordneten, geführt von Ralph Assheton, geht der Abbau der Steuerlasten und damit der sozialen Leistungen zu langsam. Hinter dieser Gruppe steht die englische Industrie. Daneben gibt es viele Abgeordnete, die einzelne Massnahmen der Regierung heftig kritisieren, wie die geplante Finanzierung von Fernsehprogrammen durch die Privatindustrie und das Versprechen, den Frauen im öffentlichen Dienst Gehälter in der gleichen Höhe wie Männern zu zahlen.

Es ist dennoch zu erwarten, dass der von Churchill und Butler repräsentierte Kurs der Mitte aufrechterhalten bleibt, ohne dass die Rebellen - keine der Gruppen ist gross an Zahl - von der Partei abfallen. Trotzdem waren die letzten Nachwahlen für die Regierung ungünstig. In der Bevölkerung besteht eben, wie es kürzlich der "Economist" ausdrückte, immer der Verdacht, dass bei den Konservativen das Interesse der privilegierten Schichten überwiegt.

+ + +

Saar-Hoffmann will freiere Hand

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Seit dem 2. Februar 1950 lag im saarländischen Landtag das heisse Eisen eines Gesetzentwurfes über die Betriebsräte, das eine einheitliche Regelung des Betriebsräterehtes und wirtschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben vorsah. Über vier Jahre hat man das Eisen liegen lassen, weil die separatistische Eintracht zwischen der SPS und der CVP über seine Behandlung in die Brüche gehen konnte. Auch deshalb musste das Eisen besonders heiss erscheinen, weil der weitaus grösste Arbeitgeber im europäischen Musterlände eine fremde und alles beherrschende Macht ist, die sich auch über das Mitbestimmungsrecht nicht gerne Positionen aus der Hand nehmen lässt.

Jetzt ist über diesen Gesetzentwurf die SPS/CVP-Koalition auseinander gebrochen, nicht, wie damals vor der Neuwahl des Landtags, als sie zum erstenmal auseinander ging, weil die SPS den Sturm in den eigenen Reihen beschwichtigen und ihre Wahlaussichten verbessern wollte, sondern weil Johannes Hoffmann Richard Kirn den Stuhl vor die Tür setzte. Das Erstaunliche ist, dass dies in einer Situation geschah, in der die Separatisten allen Grund hätten, ihr Piratenschiff aus dem stürmischen Gewässer des deutsch-französischen Saarkampfes in den rettenden Hafen der EVG-Europäisierung zu steuern. In den vergangenen Monaten jubelte die ganze Koalitionsbesatzung; sie glaubte, schon bald vor Anker gehen zu können. Die letzten Ereignisse um die EVG haben sie wieder in tiefe Sorge gestürzt und das Zusammenhalten der Piratenmannschaft musste so nötig wie je erscheinen.

Angesichts dieser Sachlage ist zu überlegen, ob es wirklich nur die Gegensätze zwischen Kirn und Hoffmann in der Frage des Mitbestimmungsrechts waren, die zu dem Bruch führten. Die SPS hat ihrem sozialen Gewissen ohne sichtbare Zeichen des Unwohlseins so manchen Zwang angetan. So war die SPD in einer Beschwerdeschrift an die sozialistische Internationale genötigt, nicht nur die politische Unterdrückung Anderedenkender, sondern auch den Verzicht

auf eine energische sozialistische Wirtschaftspolitik anzuprangern, einen Verzicht, der die unausweichliche Folge der Unterwerfung unter den Willen der Besatzungs- und Hauptwirtschaftsmacht sein musste.

Die SPS liess durch ihren Redner im Landtag erklären, dass das jetzt verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz schlechter sei als die bisher geltende Betriebsräteverordnung von 1947, dass es auch schlechter sei als das gleichnamige Gesetz in der Bundesrepublik. Das reichte den Abgeordneten der SPS aber nur, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten. Dagegen reichte diese Enthaltung Herrn Hoffmann erstaunlicherweise, den Bruch der Koalitionstreue festzustellen und den Rücktritt der Regierung zu erklären.

Das sieht so aus, als hätte Johannes Hoffmann nur auf die Gelegenheit gewartet, sich des schwächeren Koalitionspartners zu entledigen, um nunmehr eine reine CVP-Regierung zu bilden. Zwischen SPS und CVP gibt es seit längerem gegensätzliche Auffassungen über die sogenannte Europäisierung. Die französische Regierung hat sich bekanntlich gegen jede Lockerung der französischen wirtschaftlichen Vormachtstellung gewandt. Hoffmann hat dagegen öffentlich anerkannt, in welche Sackgasse die Saarländische Wirtschaft mit der einseitigen Bindung an Frankreich geraten muss und schon geraten ist. Er hat sich zum Befürworter der Aufweichung der Wirtschaftsgrenze gegenüber der Bundesrepublik gemacht. Kirn und Braun dagegen bewiesen weniger Wendigkeit und sprechen weiter uneingeschränkt als die Stimme ihres Herrn Grandval. In dem politischen Sumpf des Saarseparatismus fürchtet jeder, bei diesem Herrn verpetzt und ausgestochen zu werden. Die Vermutung liegt nahe, dass Hoffmann im Kabinett freieren Mund und freiere Hand haben wollte, ohne Gefahr zu laufen, dass jedes Wort alsbald dem Herrn Botschafter überbracht würde.

Die Arbeitnehmerschaft an der Saar wird sich durch die neue Situation nicht beirren lassen; sie weiss, dass in dem wechselnden Spiel der beiden separatistischen Parteien eines konstant bleibt: ihre schliessliche Abhängigkeit von der Macht, mit deren Lizenz sie angetreten sind und unter deren Schutz allein sich beide behaupten können.